

Inhalt

I. Die Sonderzahlungen des Bundes und der Länder – eine Zusammenfassung	1
1. Allgemeines zur Entwicklung der Sonderzahlungen	1
2. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Sonderzahlungen	1
3. Regelungen für die Beamten, Richter und Soldaten des Bundes	1
4. Regelungen für die Beamten und Richter in Hamburg	2
5. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	2
6. Beamte der Postnachfolgeunternehmen	3
II. Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes – PNG)	4
III. Neues auf Rehmnetz	5
IV. Beamten-Blog	5

1. Die Sonderzahlungen des Bundes und der Länder – eine Zusammenfassung

1. Allgemeines zur Entwicklung der Sonderzahlungen

Bereits im Rahmen des BBVAnpG 2003/2004 (BGBl. I S. 1798) wurde Bund und Ländern mit der grundlegenden Änderung des § 67 Bundesbesoldungsgesetz die Möglichkeit eröffnet, die Sonderzahlungen für den jeweiligen Bereich eigenständig zu regeln. Bei der Ausgestaltung der Sonderzahlungen sind inzwischen deutliche Unterschiede festzustellen. In mehreren Ländern wurde die Sonderzahlung in die monatlichen Bezüge eingebaut, z. B. in Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen. In anderen Ländern wurden die Regelungen über die Gewährung von Sonderzahlungen aufgehoben (z. B. Sachsen) oder nach Ablauf zeitlicher Befristungen nicht verlängert (z. B. Brandenburg).

In den Ländern, in denen die Sonderzahlung als eigenständiger Bezügebestandteil vorgesehen ist, wird der Hauptbestandteil (i. d. R. sog. „Grundbetrag“) entweder als Prozentsatz (z. B. Bayern, Hessen) oder als Festbetrag (z. B. Berlin, Bremen, Niedersachsen) bestimmt. Bei den prozentualen Regelungen wird differenziert zwischen Besoldungsempfängern der unteren, mittleren und höheren Besoldungsgruppen, wobei in den unteren Besoldungsgruppen höhere Prozentsätze als in den oberen Besoldungsgruppen bestimmt sind (z. B. in

Bayern, Mecklenburg-Vorpommern) oder aber es gilt ein einheitlicher Prozentsatz für alle Bezügeempfänger, so beispielsweise in Hessen. Bei dieser Form der Gewährung werden die Sonderzahlungen überwiegend mit den Dezemberbezügen angewiesen. Es gibt jedoch auch die Form der monatlichen Zahlungsweise; hierfür hat sich z. B. Hessen entschieden.

2. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Sonderzahlungen

Der Bereich der Sonderzahlungen unterliegt einem ständigen Wandel. Aktuell wurden beim Bund und in Hamburg maßgebliche Veränderungen in der Struktur der Sonderzahlung vorgenommen. Außerdem liegt in der Frage, ob die Streichung der Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte der Deutschen Telekom AG rechtmäßig ist, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts inzwischen vor; andere Entscheidungen wurden für das Jahr 2012 angekündigt.

3. Regelungen für die Beamten, Richter und Soldaten des Bundes

Die Sonderzahlung für den Bundesbereich belief sich ursprünglich auf 5 % der jährlichen Bezüge (dies entsprach 60 % der monatlichen Bezüge). Sie wurde im Jahr 2006, zunächst befristet für die Dauer von 5 Jahren, also bis Ende des Jahres 2010, um die Hälfte reduziert. Die Kürzung wurde zwar zunächst für die Jahre 2011 bis 2015 verlängert, jedoch wurde diese Verlängerung mit dem Gesetz zur Wiedergewährung der Sonderzahlung (Gesetz vom 20.12.2011, BGBl. I S. 2842) zurück

genommen. Damit wurde die Höhe der jährlichen Sonderzahlung des Jahres 2004 ab 1.1.2012 wieder erreicht.

Bereits mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz wurde ab 1.7.2009 die Zahlungsform der Sonderzahlung umgestellt indem sie in die monatlichen Bezüge integriert wurde. Hierfür wurden alle Bezügebestandteile, die bei der früheren Berechnung der jährlichen („Einmal-“)Sonderzahlung zu berücksichtigen waren (z. B. Grundgehalt, Familienzuschlag, allgemeine Stellenzulage) um insgesamt 5 % (Stand: 1.1.2012) erhöht.

Das Bundessonderzahlungsgesetz (BSZG) wurde folglich der abgeschlossenen Neustrukturierung mit Wirkung vom 1.1.2012 aufgehoben. Die Erläuterungen zum BSZG in Schwegmann/Summer, aufgenommen in Teil A III/4 werden mit der nächsten Austauschlieferung aktualisiert.

4. Regelungen für die Beamten und Richter in Hamburg

Bis zum Jahr 2010 wurde die Sonderzahlung mit den Bezügen für den Monat Dezember nach den am 1. Dezember rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen gezahlt. Daneben konnte ein Sonderbetrag für Kinder in Höhe von 25,56 Euro gewährt werden, soweit für das Kind ein Familienzuschlag gezahlt wurde. Bei Empfängern von Dienstbezügen bis zur Besoldungsgruppe A 12 betrug der Grundbetrag 66 % der für Dezember maßgebenden Bezüge (wenn im gesamten Kalenderjahr ein Anspruch auf Bezüge bestand). Stand Grundgehalt aus einer höheren Besoldungsgruppe zu, reduzierte sich der Grundbetrag auf 60 %. Mit den Julibezügen wurde den Beamtinnen und Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 8 eine Sonderzahlung von 332,54 € gewährt.

Mit dem Gesetz über die jährliche Sonderzahlung und die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2011/2012 (HmbGVBl. S. 454) wurde das System der Sonderzahlung in Hamburg vollständig neu strukturiert:

Das Hamburgische Sonderzahlungsgesetz wurde neu gefasst. Danach wird der Sonderbetrag für Kinder deutlich erhöht (von 25,56 € auf 300 € pro Kind, für das ein Familienzuschlag gezahlt wird). Er wird weiterhin als Einmalbetrag mit den Bezügen für Dezember gewährt.

Daneben ist die Zahlung einer einheitlichen Sonderzahlung mit den Bezügen für Dezember 2011 von 1.000 € für alle Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter der Besoldungsordnungen A, R, W und C vorgesehen. Beamtinnen und Beamte der Besoldungsordnung B werden hiervon nicht erfasst. Die bisher mit den Juli-Bezügen vorgesehene Sonderzahlung (sog. Urlaubsgeld) für die Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 wird auf 400 Euro erhöht.

In einem weiteren Schritt wurde die Sonderzahlung in Höhe von 1000 € und die bisher mit den Juli-Bezügen vorgesehene Sonderzahlung zum 1.1.2012 in die Besoldungstabellen eingearbeitet - die Sonderzahlung in der bisherigen Form eines eigenständigen Besoldungsbestandteils ist damit künftig nicht mehr vorgesehen.



Produktipp

Dr. Maximilian Baßlsperger

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und Beendigung von Arbeits- und Beamtenverhältnissen wegen Krankheit



2011
XIV, 142 Seiten, Softcover
ISBN 978-3-8073-0263-8
€ 19,95

[\[Mehr Info\]](#)

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten von Beamten und anderen Staatsdienern steigen erstmals seit 2001 wieder, auch wenn die Krankheitsquote im öffentlichen Dienst insgesamt niedrig bleibt. Für sozialversicherte Beschäftigte in Deutschland erfasst der BKK Bundesverband die gesundheitlichen Befunde. Laut seinem Bericht aus 2009 sind die Zeiten extrem niedriger Krankenstände in Deutschland vorüber. 2006 gab es mit 12,4 Krankheitstagen den niedrigsten Wert seit 30 Jahren. Seit 2006 steigen die Fehlzeiten kontinuierlich wieder an. Selbst Manager melden sich inzwischen häufiger krank. Psychische Erkrankungen weisen wie bisher schon den höchsten Zuwachs auf. Besonders Langzeiterkrankungen von mehr als sechs Wochen haben zugenommen.

5. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen (Beschlüsse vom 9.7.2009, Az. 1 A 373/08, 1 A 1416/08, 1 A 1525/08, 1 A 1695/08, juris) sowie das Verwaltungsgericht Braunschweig (Beschluss vom 9.9.2008, Az. 7 A 357/05, juris) haben in mehreren Vorlagebeschlüssen an das Bundesverfassungsgericht unter Hinweis auf die Rechtsprechung zu Art. 33 GG das Prinzip amtsangemessener Alimentierung in Folge von Absenkungen der jährlichen Sonderzuwendungen in den jeweiligen Bundesländern als verletzt angesehen. Das Sonderzahlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen sieht u.a. die Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte und Richter ab der Besoldungsgruppe A 9 auf 50 % der Dezemberbezüge vor; das Sonderzahlungsgesetz für Niedersachsen enthält u. a. den Wegfall der Sonderzahlung für Beamte ab der Besoldungsgruppe A 9. Die sich in diesen Ländern im Jahr 2003 ergebende Besoldung sei verfassungswidrig, weil die amtsangemessene Alimentation u.a. mit Blick auf die Absenkung der jährlichen Sonderzuwendung nicht mehr gewährleistet sei. Entscheidungen des BVerfG in diesen Verfahren stehen noch aus und wurden für das Jahr 2012 angekündigt.

6. Beamte der Postnachfolgeunternehmen

In einem Vorlagebeschluss vom 11.12.2008 des Bundesverwaltungsgerichts (ergänzt durch Beschluss vom 31.3.2011, Az. 2 C 121/07, juris) zur Frage, ob die Kürzung der Sonderzahlung für die bei der Deutschen Telekom AG beschäftigten Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten durch § 10 Abs. 1 Postpersonalrechtsgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, liegt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts inzwischen vor (Beschluss vom 17.1.2012, Az. 2 BvL 4/09, juris). Die Abschaffung der Sonderzahlung in Höhe von 5 % der Jahresbezüge für die ehemals bei der Deutschen Bundespost beschäftigten Beamtinnen und Beamten ist danach rechtmäßig.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt, dass der Grundsatz der gleichen Besoldung nicht uneingeschränkt gelte. Ungleichbehandlungen seien dann zulässig, wenn sie sachlich am Maßstab des allgemeinen Gleichheitssatzes aus Art. 3 Abs. 1 GG zu rechtfertigen sind. Art. 143b Abs. 3 Satz 1 GG vermittele keinen über den Statusschutz hinausgehenden Schutz. Er schütze somit die Beamtinnen

und Beamten der Postnachfolgeunternehmen nicht vor einer Änderung oder Aushebung einfachgesetzlich begründeter Rechtspositionen der Beamtinnen und Beamten. Dies würde zu einer weder durch die Privatisierung noch anderweitig zu rechtfertigenden Privilegierung gegenüber den sonstigen Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten führen, denen auch lediglich der in Art. 3 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 33 Abs. 5 GG wurzelnde Anspruch auf Gleichbehandlung zustehe, der wegen sachlicher Gründe von hinreichendem Gewicht beschränkt werden könne. Schließlich sei bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung zu berücksichtigen, dass der Wegfall der Sonderzahlung einen Besoldungsbestandteil betreffe, der im Rahmen einer insgesamt amtsangemessenen Alimentation grundsätzlich zur freien Disposition des Besoldungsgesetzgebers stehe (s. Urteil des BVerfG vom 17.1.2012, Az. 2 BvL 4/09, juris).

Birgit Zinner



Produkt Tipp

Erwin Schütz †, Dr. Joachim Maiwald u.a.
Beamtenrecht des Bundes und der Länder - Kommentar - dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriften-sammlung



10.148 Seiten
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 Stand 125. Aktualisierung April 2012

€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
 ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kompass durch das Beamtenrecht

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.

III. Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtung-Gesetzes-PNG)

*von Wolfgang Weigel,
Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der
Finanzen, München*

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung beschlossen und im Rahmen des vorgesehenen parlamentarischen Verfahrens dem Bundesrat zugeleitet (BR-Drs. 170/12 vom 30.03.2012).

Bereits durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 28.05.2008 (BGBl. I S. 874) wurde die 1995 in Form des SGB XI eingeführte Pflegeversicherung aktualisiert. Durch das Pflege-Neuausrichtung-Gesetz sollen die notwendigen Reformen zur Sicherstellung einer zukunftsfesten pflegerischen Versorgung der Bevölkerung fortgesetzt werden. Dies soll insbesondere durch folgende Änderungen des Leistungskatalogs und sonstige Änderungen erfolgen:

- Leistungsausweitung für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Demenz- kranke) durch Einführung eines eigenständigen Anspruchs auf Pflegegeld und Pflegesachleistungen für Angehörige der sog. Pflegestufe 0 sowie Anhebung der Höchstgrenzen für Pflegegeld und Pflegesachleistungen für Angehörige der Pflegestufe I und II,
- Weitergewährung von Pflegegeld in Höhe von 50% bei Inanspruchnahme von Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege für bis zu vier Wochen je Kalenderjahr,

- Verbesserung der rentenrechtlichen Berücksichtigung von Pflegezeiten bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehreren Pflegebedürftigen durch Addition von Pflegezeiten auch unter 14 Std./ Woche,
- Weitere Stärkung betreuter Wohnformen/Wohngemeinschaften durch Gewährung einer zweckgebundenen Pauschale bei Beschäftigung einer Pflegekraft zur Organisation und Sicherstellung der Pflege in der Wohngruppe sowie eine einmalige finanzielle Unterstützung bei Gründung entsprechender Wohngruppen,
- Beschleunigung des Begutachtungsverfahrens durch eine Ausweitung des bisherigen Gutachterkreises,
- Einführung eines Anspruchs auf eine Ausgleichszahlung von € 10/ Tag bei Überschreitung bestimmter Fristen zur Erstellung der Pflegeeinstufung,
- Sicherstellung einer frühzeitigen Beratung innerhalb von zwei Wochen auch im häuslichen Umfeld; Erweiterung des bisherigen Anspruchs auf Pflegeberatung auf unabhängige Beratungsstellen,
- Anhebung des Beitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte ab 01.01.2013.

Nicht Bestandteil des Gesetzentwurfs sind

- die Neuregelung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit und damit verbunden einer Neufestlegung des Begutachtungsverfahrens,
- die steuerliche Förderung einer freiwilligen, kapitalgedeckte Vorsorge.

Diese Änderungen sollen in gesonderten, eigenständigen Gesetzgebungsverfahren erfolgen.

Wolfgang Weigel



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit **Dr. Maximilian Baßlsperger**. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

III. Neues auf Rehmnetz

News:

[Gesetzentwurf zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2012/2013](#)

Fachbeitrag:

[Topfwirtschaft und Beförderungsranglisten sind rechtswidrig](#)

Highlight:

[Online! "Einführung ins Beamtenrecht"](#)

IV. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Modulare Qualifizierung in Bayern läuft](#)

[Der Böllerschuss und der Ministerialrat](#)

[Beliehene Unternehmer und Verwaltungshelfer](#)



Produkt Tipp

Personalmanagement im öffentlichen Sektor:

Gibt es etwas zwischen Binsenweisheit und Fachchinesisch?

Prof. Dr. Gourmelon (Hrsg.)

PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

Methoden und Instrumente für die Praxis



ISBN 978-3-8073-0159-4

€ 79,95

Erscheinungstermin: Februar 2012

[\[Mehr Infos\]](#)

Jetzt das PöS-Startpaket sichern!

- Band 1: Gerhard Gros: **Anonymisierte Bewerbungen**
- Band 2: Ingmar Behrens/Claudia Zempel: **Personalmarketing in der öffentlichen Verwaltung**
- Sammelordner

Mit dem Startpaket steigen Sie ein ins Abonnement der Reihe „PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor“. Zu den Themengebieten Personalpolitik/-recht, Personalbeschaffung, Personalentwicklung, Personalführung und -einsatz, Personalentlohnung, Personalcontrolling und -verwaltung sowie Personalfreistellung erscheinen mindestens sechs Beiträgen pro Jahr, in denen kurzfristig aktuelle Entwicklungen im Personalmanagement aufgegriffen werden. Die Inhalte der Beiträge sind so aufbereitet, dass sie unmittelbar in die Praxis umgesetzt werden können.

Mehr zu PöS erfahren Sie online auf der Seite: www.poes.de

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Schwegmann/Summer/Sander † u. a.
Besoldungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0166-2
 € 279,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-2313-8
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe
 € 242,50



Expl. _____
pcBeamte
 PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettobezügen für Beamte, Richter und Soldaten.
 CD-ROM
 ISBN 978-3-7685-8024-3
 € 48,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Schadewitz †/Röhrig †/Hämmerle u. a.
Beihilfevorschriften
 Kommentar
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-4077-3
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Mildenerger/Weigel/Pohl u. a.
Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 4 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0014-6
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Picken Sie sich das Beste heraus!

Wichtige Informationen zum Themenkomplex Beamtenrecht finden Sie auf unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühlig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 Stegmüller/Schmalhofer/Bauer u. a.
Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 5 Ordnern
 ISBN 978-3-7825-0193-4
 € 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Schütz †/Maiwald/Brockhaus u. a.
Beamtenversorgungsgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-6070-2
 € 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangebot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 516097

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Januar 2012